

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

Zwang zur Freiheit

Ende Mai dieses Jahres brachte der Moskauer Rundfunk eine Meldung, die wegen der rasch aufeinanderfolgenden Sensationen der Weltkonferenzen und der Entspannungsgespräche „auf höchster Ebene“ nicht genügend beachtet worden ist. *Lazar Kaganowitsch*, der stellvertretende Ministerpräsident der Räteunion, eines der prominentesten Mitglieder der „alten Garde“ des Kreml, wurde zum Vorsitzenden der neugebildeten staatlichen Kommission für Arbeits- und Lohnfragen ernannt. Diese Kommission ist vom Obersten Sowjet eingesetzt worden, um dem Ministerrat beratend und gutachtend zur Seite zu stehen, in allen Fragen, die die Lohnpolitik und die sowjetische Arbeitsverfassung betreffen.

Wer sich im Westen eine Vorstellung davon zu bilden sucht, welche Bedeutung und Tragweite die in der Sowjetunion laut gewordene Kritik an den Sowjetgewerkschaften hat und in welchem Ausmaß der gegen sie erhobene Vorwurf, sie hätten es versäumt, zur Steigerung der Produktivität beizutragen, zu praktischen Maßnahmen führen wird, der sollte die Arbeit der Kaganowitsch-Kommission nicht aus dem Auge lassen. Es spricht vieles dafür, daß sie ein zentrales Anliegen der Gewerkschaftsarbeit dem bisher zuständigen Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften aus der Hand genommen hat und daß die Sowjetgewerkschaften nunmehr von oben her reformiert werden sollen, statt in sich selber allein die Kräfte zu der von ihnen verlangten inneren Umstellung zu finden.

Diese Beobachtung deckt sich mit der Tatsache, daß es seit Beginn dieses Jahres auffällig still geworden ist um *Nikolai Schwernik*, den Vorsitzenden des „Zentralrates“. Schwernik dürfte etwa zu gleicher Zeit, wie der damalige Ministerpräsident *Malenkow*, in eine Vertrauenskrise gegenüber dem engeren Kreis der sowjetischen Partei- und Staatsführer geraten sein. Im Grunde werden seine Fähigkeiten angezweifelt, wenn es jetzt heißt, die Sowjetgewerkschaften kämpften nicht genug gegen Arbeitsbummelei, Funktionsüberheblichkeit und routinemäßigen Schlendrian.

Kaganowitsch beschränkt sich nicht darauf, Denkschriften für den Ministerrat der Sowjetunion zu machen. Der Initiative seiner Kommission entspringen vermutlich auch die sehr markant gehaltenen Aufsätze der parteiamtlichen „Prawda“ über die genannten Übel. In einem von ihnen, der am 5. Juli vom Moskauer Rundfunk zitiert wurde, hieß es beispielsweise, verschiedene Sowjetfunktionäre hätten „eine indifferente, bürokratische Hal-

tung“ gegenüber Neuerern, Betriebsaktivisten und Erfindern verbesserter Produktionsmethoden an den Tag gelegt. Kurz vorher war im gleichen Blatt angekündigt worden, daß gegenwärtig Pläne ausgearbeitet werden für eine schärfere Kontrolle der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion durch die Kommunistische Partei und den Staat. Die Befugnisse der Parteifunktionäre in den Fabriken und Kolchosen sollten verstärkt werden. Das klingt, als habe die allmächtige Partei die Absicht, den sowjetischen Gewerkschaften im sogenannten „Kampf um die sozialistische Arbeitsmoral“ auf eine Weise zu Hilfe zu kommen, die einer harten Verurteilung der bisherigen sowjetischen Gewerkschaftsarbeit gleichkommt.

Wir haben im sowjetischen Besatzungsgebiet Deutschlands anlässlich des 4. Kongresses des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ in Ost-Berlin sehr ähnliche Vorwürfe und selbstkritische Äußerungen vernommen. Da hieß es im „Rechenschaftsbericht“, den *Herbert Warncke* abstattete, von den sowjetzonalen Gewerkschaften, sie müßten „die bisherige Enge unserer Arbeit durchbrechen und die Wendung der Gewerkschaftsarbeit zu unserer ganzen Klasse herbeiführen“. Denn — „zweifellos gibt es bei uns noch ernste Mängel in der Organisation des sozialistischen Wettbewerbs durch die Gewerkschaften ... Die ungenügende Hilfe für die Zurückbleibenden, ein Kennzeichen noch vorhandener Einflüsse des Denkens aus der kapitalistischen Periode, ist eine der Hauptschwächen in unseren Wettbewerben“, und „gleichzeitig mehren sich die Beschwerden der Neuerer über fehlende Unterstützung und Förderung durch Wirtschafts- und Gewerkschaftsleitungen“. Zusammenfassend lautete Warnckes Selbstkritik: „Die Verletzung des Leistungsprinzips und der ungenügende Kampf gegen die Tendenzen der Gleichmacherei haben wiederholt zu einem bedenklichen Zurückbleiben der Arbeitsproduktivität hinter dem Wachstum der Löhne geführt.“ ... „Daher muß der 4. FDGB-Kongreß an alle Gewerkschaftsorganisationen die sehr kategorische Forderung richten, die tägliche Arbeit mit den Menschen, die Überzeugungsarbeit, in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit zu rücken.“ Um die Form zu wahren, wird zwar behauptet, die sowjetrussischen Gewerkschaften könnten den mitteldeutschen bei diesen Bestrebungen als Vorbild dienen. Aber jeder Leser der „Prawda“ kann sich davon überzeugen, daß hier an Übeln herumkuriert wird, die am ostzonalen wie am sowjetrussischen gewerkschaftlichen Leben in gleicher Weise nagen. Im gesamten Machtbereich des Ostblocks wird experimentiert, um schlecht und recht Abhilfe zu schaffen.

Was Kaganowitsch „auf höchster Ebene“ und unter Einschaltung eines wahrscheinlich beachtlichen Expertenapparates neu organisieren soll, wird bisweilen bezeichnet als die

„Mobilisierung des arbeitenden Sowjetmenschen zum Zwecke des selbstlosen Handelns“. Nimmt man diese gewundene Bezeichnung unter die Lupe, dann zeigt sich, daß die Sowjets ein Freiheitsproblem — ein Problem der persönlichen Schaffens- und Entscheidungsfreiheit des einzelnen — zu bearbeiten haben. Ihren Arbeitern und Bauern ist unter der Vormundschaft der Gewerkschaftsfunktionäre und der Betriebszellenleiter die Fähigkeit und der Wille zu selbstverantwortlichem Handeln verlorengegangen. Nun soll er ihnen in bescheidener Dosierung durch die Gewährung von Freiheit für die sehr begrenzte Wohlstandserwartung des einzelnen und für sein bescheidenes Hoffen zurückgegeben werden. Alle die verzweifelten Versuche zur Hebung der „sozialistischen Arbeitsmoral“ und zur Verbesserung des Betriebsklimas in ihren staatseigenen Werken laufen auf dieses psychologische Problem hinaus.

Der Westen wird diesen Sachverhalt vermutlich nicht ganz richtig beurteilen, wenn er sich weiter, wie es bisher geschieht, darauf konzentriert, humanitäre Gesichtspunkte in den Vordergrund zu schieben und darauf hinzuweisen, daß das Sowjetsystem im Begriff sei, noch mehr Arbeitsleistung aus halb versklavten Menschen herauszupressen. Richtiger wäre es, auch die andere Seite des Vorgangs in die Wertung einzubeziehen. Die Kaganowitsch-Kommission ist damit befaßt, zu Unrecht gebundene Seelenkräfte im arbeitenden Menschen freizugeben. Es hat sich gar zu deutlich und an den verschiedensten Stellen des Produktionsprozesses gezeigt, wie lebensnotwendig es für das Sowjetsystem ist, die freiwillige Schaffenskraft gerade der leistungsmäßig durchschnittlichen Arbeiter wieder zu entfesseln. Das eigentliche Versäumnis der Sowjetgewerkschaften wird darin erblickt, daß sie diese Aufgabe viel zu lange übersehen haben und daß sie ihr, als sie sich schließlich dem Zentralrat und dem Ministerrat der Sowjetunion aufdrängte, ratlos gegenüberstanden.

Es gibt wohl für keinen sowjetischen Führer eine ungewohntere und schwierigere Aufgabe, als Freiheit zu bringen. Kaganowitsch soll dem „Neuerer“, das heißt dem zu einem freieren Lebensgefühl und selbstverantwortlichem Denken erwachenden Arbeiter, Mut zu seiner eigenen Leistung machen. Er soll ihn gegen die Autorität einer selbstzufriedenen gewordenen Gewerkschaftsbürokratie „aufhetzen“ und sowohl dem materiellen Anreiz mehr Geltung verschaffen, wie dem „sowjetsozialistischen Idealismus“ eine Bresche schlagen in die Mauer der Interesselosigkeit und des Sichttreibenlassens. Das ist ein massenpsychologisches Unterfangen, das auf jeden Bolschewisten alter Schule beklemmend wirken muß. Aber Not kennt kein Gebot.

Für den Westen dürfte es sich nicht empfehlen, diese Entwicklung lediglich mit Ironie zu beobachten. Die Frage nach ihrem Gelingen oder Scheitern ist noch nicht beantwortet. Teilerfolge erscheinen möglich. Vor allem aber sollte sich ein objektiver Beobachter klar machen, welche Bedeutung dieser Umdenkungsprozeß für die sowjetische Gesamtpolitik hat. Es kann sich herausstellen, daß den Sowjets dieser innere Kampf um den arbeitenden Menschen mit der Zeit weit wichtiger wird als die Fortschritte oder Rückschläge der von ihnen unterstützten und subventionierten „Weltgewerkschaftsbewegung“ in den „kapitalistischen“ Ländern.

Wenn die Produktivität auf dem industriellen und landwirtschaftlichen Sektor innerhalb der Sowjetunion nicht steigt, dann wird dem Kreml auch der zur Unterstützung „unterentwickelter Völker“, an denen er politisch interessiert ist, notwendige Überschuß fehlen. Die Krise der „Arbeitsmoral“ und die Reformbedürftigkeit der Gewerkschaften wirkt gegenwärtig hemmend auf alle sowjetimperialisistischen Bestrebungen zurück. Es bedeutet keine Übertreibung, zu sagen, daß sie eine der unausgesprochenen Hauptursachen bildet für die Lösung der „friedlichen Ko-Existenz“ zwischen der östlichen und der westlichen Welt. Jedenfalls muß der Kalte Krieg gegen die freien Gewerkschaften des Westens für Moskau solange an Interesse verlieren, wie die „Mobilisierung des selbstlos Schaffenden“ im Innern ein ungelöstes Problem bleibt. Unter diesem Gesichtspunkt kann zukünftig noch mancher Beitrag zur Beantwortung der Frage geleistet werden, ob der Friedens- und Verständigungswille der Sowjets echt ist. Die Verständigungsnotwendigkeit ist groß, angesichts der Sackgasse, in die der freiwillige Leistungswille des einzelnen hineingeraten ist.

Es lohnt sich, noch kurz auf einen seltenen Ausweg hinzuweisen, auf den der FDGB in der Sowjetzone hinzusteuern versucht. „Gestattet mir, in diesem Zusammenhang vorzuschlagen, den Bundesvorstand zu beauftragen, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften in hohem Grade an der Ausarbeitung des geplanten ‚Gesetzbuches der Arbeit‘ der DDR mitwirken“, sagte Warncke in seinem schon erwähnten Rechenschaftsbericht zum 4. FDGB-Kongreß. In der Sowjetzone empfiehlt es sich offenbar nicht, die Methode nachzuzahlen, die Kaganowitsch in der UdSSR vorschwebt. Die SED hat nicht genügend Autorität, um dem Arbeiter ein verbessertes Betriebsklima und erhöhte Leistungszuversicht zu verschaffen, wie es in Rußland die Kommunistische Partei soll. Also möchte Warncke durch ein Gesetzgebungswerk dem Schlen-drian abhelfen. Er fuhr fort: „In diesem Gesetzbuch muß besonders die schöpferische Rolle der Arbeiterklasse als der bedeutendsten Kraft in der Entwicklung unseres Staates und

unserer Wirtschaft hervorgehoben und gefördert werden. Das sozialistische Recht muß dadurch helfen, unsere ökonomische Entwicklung durchzusetzen. Deshalb wird dies Gesetzbuch eine große Hilfe für die Entwicklung der sozialistischen Arbeitsmoral, wie auch für die Verwirklichung der täglichen Interessen der Arbeiter und Angestellten sein.“ — Ja, wenn es so einfach wäre! Dann ließe sich der weltweite Erstarrungsprozeß des Leistungswillens der schaffenden Massen mit einem Federstrich lockern. Bisher ist dem Osten nur eines notdürftig gelungen: Er hat das Problem erkannt. Das erweckt ihm viel Unbehagen, denn er sieht sich unter dem Zwang, auf einem der wichtigsten Lebensgebiete Freiheit zu gewähren.

Hans Drugis

Die amerikanischen Gewerkschaften im Vorfeld neuer Aufgaben

Die amerikanischen Gewerkschaften vertreten organisatorisch jeden fünften Arbeitnehmer der Vereinigten Staaten, ohne ihn nach seiner parteipolitischen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung zu fragen. Damit wird alles, was sie angeht, auch für die Umwelt wichtig. Die amerikanische Arbeiterbewegung hat in letzter Zeit durch den Abschluß der Einigungsverhandlungen der beiden großen Spitzenverbände „American Federation of Labor“ (AFL) und „Congress of Industrial Organisations“ (CIO), durch ihre Initiative, dem Problem der „automatischen Fabrik“ durch systematische Untersuchungen gerecht zu werden, durch den Kampf um den „Jahreslohn“, durch den Widerstand gegen die in den Einzelstaaten überhandnehmenden „right to work-laws“ sich mannigfacher Anliegen bemächtigt, die heute den amerikanischen Lohnempfänger ganz allgemein angehen.

Die wichtigste Frage war zuerst einmal die der organisatorischen Einigung der großen Gewerkschaften. Sie steht vor ihrer Lösung. AFL und CIO veröffentlichten gemeinsam den Text einer Konstitution, die die Basis für den Zusammenschluß der beiden Verbände bilden soll, nachdem vorher ein Abkommen unterzeichnet worden war, das die vorläufigen Maßnahmen umschreibt.

Der neue Einheitsverband wird sowohl Berufsgewerkschaften wie Betriebsgewerkschaften haben und beiden Organisationsformen volle Entwicklungsfreiheit garantieren. Er wird darauf achten, daß das Verbot der gegenseitigen Mitgliederabwerbung sorgfältig eingehalten wird.

Während die alte Satzung der AFL noch mit der nie getilgten Klassenkampfansage begann: „Ein Kampf ist im Gange . . . zwischen den Unterdrückten und den Unterdrückten in allen Ländern, ein Kampf zwischen Kapitalisten und

Arbeitern, der von Jahr zu Jahr an Intensität zunimmt . . .“, heißt es in der Präambel der neuen Zentralgewerkschaft: „Die Errichtung dieser Föderation durch den Zusammenschluß der «American Federation of Labor» und des «Congress of Industrial Organisations» ist ein Ausdruck der Hoffnungen und Erwartungen der Werktätigen Amerikas. Wir erstreben die Erfüllung dieser Hoffnungen und Erwartungen als demokratische Prozesse im Rahmen unserer verfassungsmäßigen Regierung und in Übereinstimmung mit unseren Einrichtungen und Traditionen. Am Verhandlungstisch, in der Gemeinde, bei der Ausübung der Rechte und Pflichten der Staatsbürgerschaft werden wir verantwortungsvoll dem Interesse des ganzen amerikanischen Volkes dienen . . .“

Die Konstitution, die sich die amerikanische Arbeiterbewegung zu geben im Begriff ist, bedeutet u. a. auch die endgültige Abschiedserklärung an jede Form antikapitalistischer, sozialistischer und „marxistischer“ Theorien, und — was de facto seit langem der Fall ist — die Identifizierung mit dem liberal-kapitalistischen Status quo der amerikanischen Gesellschaft.

Die Kraft der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung liegt darin, daß sie sich von allen ideologischen Fragen fernhält (es hat nie einen Gegensatz zwischen christlichen und „freidenkenden“ Arbeitern gegeben), sondern sich bewußt darauf beschränkt, wie auch die neue Charta wieder betont, den Arbeitern behilflich zu sein, günstige Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, und zwar bei voller Sicherung der Autonomie der angeschlossenen Einzelverbände.

Die Vereinigung von 15 Millionen Arbeitnehmern ist ein *Politikum*, auch ohne daß man eine Arbeiterpartei bildet oder sich von der bürgerlichen Gesellschaft mit einer eigenen Zukunftsvision distanziert. Man ist als *Teil* der bestehenden Ordnung ein sozial notwendiger und deshalb auch politisch in Rechnung zu stellender Faktor, weil man in ihr als Gruppe existiert, Gewicht hat und Gehör bekommt — nicht deswegen, weil man dem Bestehenden eine Alternative entgegensetzt.

AFL und CIO sind im übrigen nicht die einzigen Gewerkschaften in den USA. Es gibt, in etwa 2500 Verbänden, die teils örtlich, teils im nationalen Maßstab organisiert sind, fast 3 Millionen Arbeiter, die sogenannten „unabhängigen“ Gewerkschaften angehören.

Die drei größten und zahlenmäßig ins Gewicht fallenden Gruppen sind die Bergarbeiter (*United Mine Workers of America*) von *John L. Lewis* mit 600 000 Mitgliedern (darunter befinden sich in der sogenannten „Local 50“ auch Berufsgruppen, die mit Bergbau nichts zu tun haben), die Eisenbahner („*Brotherhoods*“) mit 300 000 Mitgliedern und die mannigfachen aus CIO oder AFL ausgeschlossenen, des Kommu-

nismus verdächtigen Organisationen, deren Gesamtstärke auf 250 000 geschätzt wird. Daneben haben etwa noch die alt-revolutionären „*International Workers of the World*“ (IWW) regelrechte Tarifverträge für 16 500 Arbeiter abgeschlossen. Die „*Christian Labor Association of the USA*“ besitzen 25 Lokalverbände. Die Telefonarbeiter und die Postbeamten haben eigene Organisationen, die über ansehnliche Mittel verfügen. 500 000 Arbeiter sind, wie man schätzt, allein in örtlichen selbständigen Betriebsgewerkschaften zusammengefaßt.

Für den Großverband sind nur die Bergarbeiter und die Eisenbahner von wirklichem Interesse. Auf dem Wiener IBFG-Kongreß, auf der der Vizepräsident der Bergarbeiter ebenso wie die CIO-Delegierten sich der Führung *George Meanys* beugten, hat *Jacob S. Potofsky*, der Vorsitzende der „*Amalgamated Clothing Workers*“ (CIO), öffentlich der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß sowohl die Bergarbeiter als auch die Eisenbahner sich der Einheitsgewerkschaft anschließen werden. Bisher schweigt John L. Lewis zu der Einladung; die Bruderschaften zeigen sich interessiert, wollen mit ihrer endgültigen Stellungnahme aber bis zur tatsächlichen Vereinigung der beiden Großverbände warten. Es ist aber mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Tendenz zur Zentralisierung nicht bei CIO und AFL haltmacht.

Die Auseinandersetzungen über das *Taft-Hartley-Gesetz* sind in letzter Zeit in den Hintergrund getreten. Die Gewerkschaften haben sich statt dessen in steigendem Maße mit der Arbeitergesetzgebung der Einzelstaaten beschäftigt, wo immer mehr Gesetze angenommen oder eingebracht werden, die nicht nur den (durch Taft-Hartley bereits verbotenen) „closed shop“, sondern auch den „union shop“ ausschließen. (Der „closed shop“ sah vor, daß in einem Betrieb, in dem eine Gewerkschaft anerkannter Vertragspartner des Unternehmers ist, nur Gewerkschaftsmitglieder eingestellt werden dürfen; der „union shop“ verlangt, daß Unorganisierte nach ihrer Arbeitsaufnahme Mitglied der Gewerkschaft werden.)

Obwohl Utah in dem jetzt in fast allen einzelstaatlichen Parlamenten sich abspielenden Kampf um die Antigewerkschaftsgesetze an die „Staatsrechtler“ verlorenging, hat die Tatsache, daß ausgerechnet der rechtsrepublikanische Gouverneur von Kansas, *Fred Hall* — ausdrücklich unterstützt von Arbeitsminister *James P. Mitchell* —, sein Veto gegen das in diesem Staat angenommene „right to work-law“ einlegte, die Öffentlichkeit teilweise stutzig gemacht. Die betreffenden Staatsgesetze machen praktisch die Arbeiterversicherungsverträge ungültig, die ungefähr 1400 von den 1700 größten amerikanischen Gesellschaften im Rahmen von Kollektivvereinbarungen mit Gewerkschaften abgeschlossen haben und die etwa 6 Millionen

Arbeiter umfassen, da weder das Management noch die Gewerkschaft dort in Zukunft das Recht haben, verbindliche Vereinbarungen über die Angelegenheiten aller im Betrieb tätigen Arbeiter zu treffen.

Relativ früh hat sich die amerikanische Gewerkschaftsbewegung mit den Fragen beschäftigt — zumindest in ihrer Spitze —, die mit der „automatischen Fabrik“ zusammenhängen. Die Weiterentwicklung der Arbeitsmechanisierung scheint die menschliche Arbeitskraft immer mehr auszuschalten und Perioden steigender Arbeitslosigkeit heraufzubeschwören. Nachdem Walter Reuther mehrfach publizistisch auf diese Probleme hingewiesen hatte, berief der CIO unlängst eine Tagung ein, auf der Fachleute sich ausführlich zu dem Thema äußerten. Bei sonst teilweise auseinandergelassenen Meinungen über den Segen und die Nachteile, die die Automatisierung mit sich bringt, waren sich alle darin einig, daß vielleicht vorübergehende, vor allem örtlich bedingte Schwierigkeiten auftreten, auf lange Sicht aber — wenn sie richtig kontrolliert und nicht übereilt durchgeführt werde — positive Auswirkungen erzielt würden.

Auf einer anderen Tagung wurde darauf hingewiesen, daß die Einführung weitgehender Betriebsautomatisierung auf der einen Seite zwar in der Tat wohl Teile der ungelerten Arbeiterschaft überflüssig machen könnte — allerdings auch erst nach längerer Zeit —, daß zur gleichen Zeit aber der Bedarf an gelernten Arbeitern in den neu zu schaffenden Produktionszweigen für die automatischen Fabriken in gleichem Ausmaß steigen dürfte. Was not tut, wäre also, das Schwergewicht zwischen ungelerten und Spezialarbeitern in den nächsten zehn Jahren völlig zu verlagern. Für die Gewerkschaften ergeben sich hier wichtige Aufgaben systematischer *Berufsschulung*.

Obwohl Walter Reuther den Appell eines New-Yorker CIO-Führers, die Gewerkschaften in einer „Dritten Partei“ politisch unabhängig von den Demokraten einzusetzen, scharf zurückgewiesen hat, bedeutet das nicht, daß sich die 15 Millionen Lohnempfänger vertretende Einheitsgewerkschaft nicht sorgfältig auf die Beteiligung an den Wahlen des nächsten Jahres vorbereiten wird.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Gewerkschaften bzw. die im Repräsentantenhaus als gewerkschaftsfreundlich geltenden demokratischen Abgeordneten die Forderungen der „Farmers Union“ nach Aufhebung der Eisenhowerschen Farm-Gesetzgebung, d. h. nach Wiederherstellung der festen Agrarsubventionen, unterstützten. Sie suchen also bewußt so etwas wie die von liberalen Kreisen Amerikas immer wieder vergeblich angestrebte Koordinierung der Arbeiter- und Farmerinteressen.
Karl O. Paetel (New York)